

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

7.6.1914 (No. 153)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 153

Sonntag, den 7. Juni 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl-Friedrich-Str. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Ausgaben in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 26. Mai 1914 den Finanzsekretär Karl Stern in Konstanz nach Vörsach und den Finanzsekretär Adolf Börner in Offenburg nach Forzheim verlegt.

Die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen betr.

Die nachgenannten evangelisch-protestantischen Geistlichen sind teils auf Grund ordnungsmäßigen Nachweises der in § 9 des Kirchengesetzes vom 9. Oktober 1860, in der Fassung vom 5. März 1880 bestimmten Erfordernisse, teils auf Grund erwirkter Nachsichterteilung gemäß § 1 der landesherrlichen Verordnung über den Nachweis der allgemein wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen vom 11. April 1880 zur ständigen öffentlichen Ausübung kirchlicher Berrichtungen sowie zur Erlangung von Kirchenämtern im Großherzogtum staatlich zugelassen worden:

Bak, Hugo, aus Karlsruhe, Krüger, Ewald, aus Gonderfingen (Kotzingen), Link, Herbert, aus Hebenheim, Amt Lahr, Stupp, Artur, aus Itzingen, Amt Espingen, Willmann, Eugen, aus Mainz.

Karlsruhe, den 29. Mai 1914.

Großh. Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Böhm. Dr. Liehl.

Die Apotheke in Appenweier betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betrieb der Apotheke in Appenweier, die durch Verzicht des bisherigen Inhabers auf 1. Oktober 1914 in Erledigung kommt, wird hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben. Der neue Konzessioninhaber hat die vorhandenen Vorräte und Einrichtungen gegen eine nötigenfalls von dem Ministerium des Innern endgültig festzusetzende Vergütung zu übernehmen.

Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeugnisse binnen 14 Tagen bei dem Ministerium des Innern einzureichen.

Karlsruhe, den 4. Juni 1914.

Großh. Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

J. B. Flad. Mittermaier.

Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Bareinzahlungen auf 4 prozentige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 97,40 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 6. Juni 1914.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 6. Juni.

Die Ereignisse in Albanien.

Durazzo, 3. Juni. (Verspätet eingetroffen). Die Mitglieder der Kontrollkommission begaben sich heute nachmittag nach Schiat, wo sie mit den sogenannten Delegierten der an der Aufständigenbewegung teilnehmenden Kasas zusammentrafen. Diese zeigten wenig Interesse für die von ihnen vor einigen Tagen bekannt gegebenen Wünsche, sondern riefen beständig, daß sie die Türkei und einen mohammedanischen Fürsten haben wollten. Obwohl ihnen von der Kontrollkommission die Unmöglichkeit der Erfüllung ihrer Wünsche vor Augen gehalten wurde, bestanden sie auf ihnen. Da die Verhandlungsart der Rebellen den Eindruck erweckte, daß sie Zeit gewinnen wollten, lehnte die Kontrollkommission es ab, in neue Verhandlungen mit ihnen einzutreten, wies ihre panislamitische Forderung schlanweg ab und kehrte abends nach Durazzo zurück.

Durazzo, 4. Juni. Das Fürstenpaar nahm heute mittag an Bord des österreichischen Schlachtschiffes „Tegethoff“ bei dem Konteradmiral Döfler den Lunch und verweilte nahezu drei Stunden an Bord des Schiffes. Diese Gelegenheit nahmen sie wahr, das Schlachtschiff eingehend zu besichtigen, wobei sie ihrer Bewunderung über den mächtigen Bau und die Vollkommenheit der technischen Einrichtungen Ausdruck gaben. Bei der Rückkehr war das Fürstenpaar beim Landen Gegenstand herzlicher Ovationen.

Nam, 5. Juni. Die „Agenzia Stefani“ erhält folgende Einzelheiten über die Unterhandlungen der Aufständigen mit der internationalen Kontrollkommission. Am Dienstag morgen schickten die Aufständigen der Kontrollkommission einen Brief, in dem sie erklärten, sie hätten von der Landung der Matrosen gehört und erwarteten Mitteilungen der Kommission. Da die Kommission während der ersten Verhandlungen den Aufständigen zugesichert hatte, daß Matrosen nicht mehr nach Durazzo gebracht werden würden, war die Bedeutung des Briefes hinreichend klar. Infolgedessen beschloß die Kommission, dem Fürsten durch ihren Vorsitzenden ein Memorandum zu überreichen, in welchem sie ihr Bedauern ausdrückte über ihre Nichtbefragung, ob es angemessen sei, achtzig Matrosen nach Durazzo zu befehlen. Während hierüber die Kommission den Aufständigen gegenüber die Verpflichtung übernahm, lehnte die Kommission die Verantwortung für die Anwesenheit zahlreicher Bewaffneter in der Stadt ab, welche ihr die Erfüllung ihrer Aufgabe sehr erschweren, und drückte weitere Zweifel über den Erfolg der Konferenz mit den Aufständigen aus. Am Mittwoch mittag begab sich die Kommission nach Schiat und veriet vier Stunden mit den Oberhäuptern der aufständigen Stämme. Diese wiederholten den Wunsch, einen muslimanischen Fürsten unter türkischer Souveränität zu haben. Gegenüber den Erklärungen der Kommission, daß dieses unmöglich sei, erklärte sich die Versammlung einverstanden, einen nichtmuslimanischen Fürsten unter der Souveränität der Türkei anzunehmen. Einstimmig weigerten sich jedoch die Aufständigen, den Prinzen zu Wied als Fürsten anzuerkennen. Während der Beratung hoben die Aufständigen den unerwarteten Empfang mit Kanonenschüssen hervor, der ihnen bereitet wurde, als sie am 23. Mai sich Durazzo näherten, um dem Fürsten ihre Wünsche vorzulegen. Die Kommission, welche die Auflöslichkeit einer Fortsetzung der Verhandlungen erkannte, kehrte nach Durazzo zurück und teilte dem Fürsten das Ergebnis der Unterredung mit und erklärte ihr Mandat für beendet. Der Fürst behielt sich, wie schon gemeldet, die Entscheidung vor.

London, 4. Juni. Dem Neuterischen Bureau zufolge sprach die englische Regierung ihre Bereitwilligkeit aus, im Falle irgend einer Gefahr für den Fürsten von Albanien ein Kriegsschiff nach Durazzo zu senden, wenn die anderen Mächte ähnliche Mittel ergreifen.

Der Geburtenrückgang in Hannover.

Der Geburtenrückgang und alle die Fragen, die mit ihm im engsten Zusammenhang stehen und eine ganz außerordentliche Bedeutung haben, lenken die allgemeine Aufmerksamkeit heute in verstärktem Maße auf sich und haben nationalen Kreisen die größten Besorgnisse für die Zukunft unseres Volkes aufkommen lassen. Auch wir haben schon mehrfach auf dieses Problem hingewiesen, das für die Entwicklung namentlich der Städte von größter Bedeutung ist. Einen weiteren interessanten Beitrag, der die Bevölkerungsbewegung der Stadt Hannover zahlenmäßig zum Ausdruck bringt, liefert das dortige Statistische Amt in einer Abhandlung seiner „Mitteilungen“, aus der folgende Tatsachen auch in weiteren Kreisen allgemeines Interesse beanspruchen dürften.

Die Zahl der Bevölkerung hat nach diesen Ausführungen in Hannover seit dem Jahre 1846 in stetigem Wachstum von 27 400 auf 309 600 Einwohner vermehrt. Die absolute Zahl der jährlich in diesem Zeitraum Geborenen ist von 952 auf 6599 gestiegen. Rückläufige Bewegungen in dieser Entwicklung finden sich in den 50er Jahren, Ende der 70er Jahre und seit Anfang des neuen Jahrhunderts mit Ausnahme der Jahre 1907 und 1908. Die Höchstzahl der Geborenen wurde im Jahre 1898 mit 7902 erreicht. Die gegenwärtige Jahreszahl ist also um rund 1300 niedriger. So vielsagend schon diese absoluten Zahlen an und für sich sein mögen, der Geburtenrückgang wird besser illustriert durch das Verhältnis der Geborenen zur Einwohnerzahl. Betrug dieses im Anfangsjahr der Beobachtungsperiode 34,7 pro Mille, so stellte es sich am Endjahre auf 21,3 pro Mille. Der Verlauf, den die zwischen diesen beiden Polen gezogene Kurve nimmt, ist einer Anzahl von Schwankungen unterworfen. Bis zum Jahre 1852 findet eine nur geringe Zunahme der Geburtenhäufigkeit bis zu 36,4 pro Mille statt, der dann im nächsten Jahre infolge einer Teuerung ein jäher Sturz auf 30 pro Mille folgt. Vom Jahre 1857 an nimmt die Zahl der Geborenen wieder zu und schwankt bis 1870 zwischen 33 und 37,8 pro Mille. Das Jahr 1871 weist infolge des Krieges die geringe Geburtenziffer von 32,6 auf, aber schon 1877 ist, veranlaßt durch gewerbliche Entfaltung und außerordentlich große Zuwanderung, mit 41,6 pro Mille der Höchststand erreicht. Nach einer Rückwärtsbewegung auf die Normalhöhe hält sich die Zahl der

Geborenen bis zum Jahre 1899 auf 33 bis 35 pro Mille, um von da ab fast ausnahmslos von Jahr zu Jahr schnell auf 21,3 pro Mille zu sinken. Vergleicht man die Abnahme im letzten Zeitabschnitt mit der in anderen Städten, so schneidet Hannover recht ungünstig ab. Für die Gesamtheit der preussischen Städte stellte sich der Rückgang folgendermaßen: 1898: 35,6 pro Mille, 1910: 27,9 pro Mille, für Hannover in den beiden Jahren auf 35,4 pro Mille und 22,2 pro Mille.

Die Kurve des Anteils der unehelichen Geburten an der Gesamtzahl der Geborenen hat in der mehr als sechzigjährigen Beobachtungsperiode etwa folgenden Verlauf genommen: Maximum 1847 mit 30,1 %, dann allmähliches Sinken bis 1878 auf 13,1 %; von da ab Schwankungen, die jedoch nach dem Jahre 1900 eine merkliche Aufwärtsbewegung bis zu 17,9 % erkennen lassen. Die unehelichen Geburten haben nach diesem Verlauf zwar Anteil an dem allgemeinen Geburtenrückgang, jedoch bei weitem nicht in dem Maße wie die ehelichen. Die große Häufigkeit des Vorkommens unehelicher Geburten in Hannover erklärt sich übrigens zum Teil aus dem Vorhandensein einer Entbindungsanstalt, in der früher über 70 und heute noch immer 40 % der uneheliche gebärenden Mütter niederkommen. Diese sind zu einem Viertel bis zu einem Drittel ortsfremd.

An Bedeutung gewinnen die den allgemeinen Geburtenrückgang beleuchtenden Zahlen noch durch den Umstand, daß der Anteil der gebärfähigen Frauen an der Gesamtbevölkerung von 26,5 auf 27,6 gestiegen ist. Eine Scheidung nach Konfessionen zeigt, daß zwar die Geburtenziffern der Katholiken seit den 70er Jahren weit höher sind als die der Evangelischen, daß jedoch an dem neuerlichen Geburtenrückgang beide Konfessionen in ungefähr gleicher Weise beteiligt sind; wenn nicht etwa gar die höheren Geburtenziffern (Katholiken) eine stärkere Neigung zum Fallen haben als die niedrigeren (Evangelischen).

Politische Übersicht.

Der Kampf gegen die Tuberkulose.

Unter dem Vorsitz des bayerischen Bundesratsbevollmächtigten, Grafen Lerchenfeld, trat am 4. dieses Monats im Reichstagsgebäude der Ausschuß des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose zusammen. Das erste Referat über die Prophylaxe der Säuglingstuberkulose erstattete Prof. Dr. Langstein. Als das beste Verfahren gegen die Säuglingstuberkulose bezeichnete er, daß „Köln. Ztg.“ zufolge, die frühzeitige Entfernung des Säuglings von den Eltern und seine Isolierung in besonderen Heimen, ferner gründliche Aufklärung und Zusammenwirken von Tuberkulosefürsorge und Säuglingsfürsorge. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß das Reichsversicherungsamt den Landesversicherungsanstalten die Aufwendung besonderer Mittel für die Unterbringung von Säuglingen in Heimen gestattet, wo die Gemeinden die gleichen Mittel zuschießen. Dr. v. Gimborn behandelte das Thema: „Angestelltenversicherung und Tuberkulose“ und stellte fest, daß durch die Angestelltenversicherung nunmehr auch einem großen Teile des Mittelstandes diejenigen öffentlichen Fürsorgemaßnahmen gegen die Tuberkulose zuteil würden, deren Anwendung bislang auf die Arbeiter beschränkt war. Stadtrat Seydel (Charlottenburg) schilderte die große Bedeutung der kommunalen Wohnungskämter im Kampf gegen die Tuberkulose.

Kolonialpolitik und Sozialdemokratie.

In kolonialpolitisch interessierten Kreisen ist, so schreibt der „Schwäb. Merkur“, von jeher der Gedanke viel erörtert worden, daß die Erfahrungen mit unseren Kolonien auf die Dauer noch am ehesten geeignet sein müßten, einen Teil der sozialdemokratischen, in die Klassenkampftheorie verirrten Arbeiterschaft zur Mitarbeit an nationalen Aufgaben zu erziehen. Für den Industriearbeiter kann, sobald er mit seinem eigenen Bestand statt mit dem seiner Führer denkt, nichts einleuchtender sein, als daß ein moderner Industriestaat im größten Umfang auf die Einflüsse von Rohstoffen und

Bodenprodukten aller Art angewiesen und schließlich im Wettbewerb um die Absatzgebiete der Weltwirtschaft nicht bestehen kann, wenn er nicht, wie die Union oder Rußland, noch über unererschöpfliche Naturkräfte innerhalb der eigenen Grenzen verfügt. Es war unter diesen Umständen zu begrüßen, daß sich im vorigen Jahre auf der Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft in Breslau der Staatssekretär a. D. von Lindequist mit großer Wärme für den Antrag einsetzte, der die deutsche Arbeiterschaft mehr als bisher für die Bedeutung und den Wert unserer kolonialen Bestrebungen aufgeklärt wissen wollte. Jetzt hat nun auf dem sozialdemokratischen Landesparteitag in Rudolstadt der Reichstagsabgeordnete Hofmann-Saalfeld die interessante Mitteilung gemacht, die sozialdemokratische Fraktion wolle in nächster Zeit mehrere Abgeordnete nach den Kolonien entsenden, um aus eigener Kenntnis sich ein Urteil zu bilden, das für die künftige Stellung der Partei zu der Kolonialpolitik maßgebend sein solle. Diese Reise, so betonte Gerolf Hofmann, bedeute einen von der bisherigen Richtung der sozialdemokratischen Kolonialpolitik abweichenden Kurs. Es ist nun gewiß noch lange nicht gesagt, daß sich in der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag in kolonialpolitischen Fragen so bald viel ändern wird. Die einflussreiche Gruppe des altmodischen Radikalismus wird schon dafür sorgen, daß die Bäume der kolonialfreundlichen Revisionisten nicht in den Himmel wachsen; aber man darf in der Mitteilung des Abg. Hofmann ein sicheres Anzeichen dafür sehen, daß weite Kreise der Arbeiterschaft gerade in kolonialpolitischen Fragen von der Politik ewigen Vereins nichts mehr wissen wollen, und das sollte für die Deutsche Kolonialgesellschaft einen Wink bedeuten, ungeachtet der Anregung des Herrn von Lindequist zu folgen und unter den Arbeitern Anhänger zu werben, ehe die Sozialdemokratie Zeit gewonnen hat, den kolonialfreundlichen Wind in ihrem Machtbereich in ihren parteipolitischen Segeln aufzufangen. Je mehr die Aufmerksamkeit unserer Arbeiter auf die wirtschaftlichen Probleme unserer Kolonialpolitik gelenkt wird, desto stärker muß sich in ihnen ein Mißtrauen gegenüber der grauen Theorie regen, die sie zwingen will, in jedem Schwarzen einen Bruder, dagegen im eigenen Volksgenossen, wenn er zufällig kein Arbeiter ist, einen Todfeind zu sehen. Die Erfahrungen in der angelsächsischen Kulturwelt haben gelehrt, daß nichts das Bewußtsein kultureller Zusammengehörigkeit zwischen altansässigen Unternehmer- und Arbeitergruppen mehr stärkt als die praktische Berührung einer solchen Arbeiterschaft mit politisch und kulturell rückständigen Ländern und erst recht mit solchen fremder und rückständiger Rasse. Es kann deshalb jede wirkliche Aufklärung über koloniale Fragen in unserer Arbeiterschaft die klassenkämpferischen Neigungen nur dämpfen.

Finanzlage und Postetat in Bayern.

SRK. München, 3. Juni.

Ein allgemeiner Überblick über die dermalige Finanzlage Bayerns eröffnet keinen besonders erfreulichen Ausblick in die Zukunft. Wie Herr Finanzminister von Bremig wiederholt in den letzten Sitzungen des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer den Nachweis erbracht, kann auf die neuen Einnahmen, die bekanntlich mit 1 500 000 M. durch Änderung des Zuwachsteuergesetzes, mit 1 700 000 M. aus den Erbschaftsteuergesetzen und mit 2 250 000 M. durch Änderung der Gebührenabgabe (im ganzen 5 450 000 M.) gewonnen werden sollen, für die Ausgleichung des Budgets der Jahre 1914/15 nicht verzichtet werden. Der Rechnungsabschluss für die Jahre 1912/13 bei dem Fortsetzt sei ja, wie der Minister ausführte, allerdings ein besonders günstiger, indem die Reineinnahmen den Budgetvoranschlag voraussichtlich um 6 900 000 M. übersteigen würden, aber diese beträchtliche Mehreinnahme reichte nicht aus, die Mindereinnahmen und Mehrausgaben, die sich bei andern Etats ergeben haben, zu decken, so daß nach gegenseitiger Abgleichung für die Jahre 1912/13 mit einem Fehlbetrag von 4 bis 5 Millionen Mark zu rechnen sei. Dieser Fehlbetrag werde zwar zunächst das Budget für die laufende Finanzperiode 1914/15 nicht belasten, sondern erst im Budget der Jahre 1916/17 seine Deckung zu finden haben, immerhin werde dieser Fehlbetrag auch schon für das Budget 1914/15 zu großer Vorsicht bei Aufstellung dieses Budgets mahnen, da sich bei demselben ein zunächst noch ungedeckter Fehlbetrag von rund 1 100 000 M. ergeben hat. Dabei ist in vorstehenden Ausführungen des Finanzministers noch keine Rücksicht darauf genommen, daß der Verkehrsminister die Umarbeitung des Postetats dahin in Aussicht genommen hatte, daß eine geringere oder möglicherweise überhaupt gar keine Ablieferung aus dem Postetat an die allgemeine Staatskasse zu erwarten ist, sondern daß das Reinertragnis der Postverwaltung nur gerade ausreichen dürfte, um den für das bayerische Postreferat an das Reich zu leistenden Ausgleichsbeitrag zu decken.

Inzwischen ist diese Umarbeitung des Postetats dem Landtage vorgelegt worden. Nach den Ausführungen des Referenten Abg. Held in seinem an den Finanzausschuss der Zweiten Kammer soeben erstatteten Bericht ist die finanzielle Lage unserer Post durchaus keine rosig. Die Entwicklung der Ausgaben ist seit einer Reihe von Jahren in einem schnelleren Tempo begriffen als die der Einnahmen. Auch sind in den letzten Jahren die Ausgleichsbeiträge, die Bayern für den Überschuss der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zu entrichten

hat, ganz bedeutend in die Höhe gegangen. Während dieser Betrag im Jahre 1910 sich auf 6 944 298 M. bezifferte, ist er bereits im Jahre 1912 auf 11 660 098 M. emporgeschwollen. Da im Reiche die Ostmarkenzulage gefallen und die Besoldungsnotelle nicht zustande gekommen ist, so wird dadurch der Ausgleichsbeitrag empfindlich berührt. Beispielsweise besteht zwischen den Ergebnissen unserer Post des Jahres 1904 und denen des Jahres 1908 eine Differenz von nahezu 9 Millionen Mark. Um diesen Schwankungen für die Zukunft wirksam begegnen zu können, beabsichtigt die Verkehrsverwaltung, aus den Einnahmeüberschüssen einen Ausgleichsfonds für die Post zu schaffen. Ein solcher Fonds ist nicht zuletzt mit Rücksicht auf die Erhaltung unseres Postreferats zu begrüßen, ebenso die in Aussicht genommene teilweise Erhöhung der Telegraphengebühren, die auch nach ihrer Erhöhung noch wesentlich niedriger sein werden als die der Reichspost. Die Zustellung von Postanweisungen mit Geld in beschränktem Maße, ebenso die Einführung des Sparkassenverkehrs bei der Post empfiehlt der Referent; eine Schädigung der übrigen Sparkassen sei nicht zu befürchten, wie man an dem Beispiel von Österreich ersehe. Neben der Erhöhung der Einnahmen sollte mehr als bisher an Einsparung von Betriebsausgaben gedacht werden: Vereinfachung des Dienstes, Zeit und Personalsparnis, Sparsamkeit bei neuen Postbauten, bei der Miete von Postdiensträumen in größeren Städten. Postlagernde Sendungen an Minderjährige mögen künftig nur auf Grund schriftlicher Erlaubnis des Vaters ausgehändigt werden dürfen. Die Bestimmungen über die postamtliche Behandlung von Postkarten und Drucksachen unsittlichen oder beleidigenden Inhalts sollten schärfer als bisher beobachtet werden. Bestimmte Beamtenkategorien sind zu stark überlastet und werden infolgedessen frühzeitig pensioniert; andererseits sind nach Einführung der neuen Gehaltsordnung pensionsfähige ältere Beamte noch befördert worden zum Zwecke der Sicherung eines höheren Ruhegehalts.

Kongresse.

* Die Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft wurde am Freitag in Danzig mit einer Rede des Präsidenten, Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg eröffnet. In Vertretung des Staatssekretärs des Reichskolonialamts nahm Regierungsrat Gerstenberger an der Versammlung teil. Es wurde beschlossen, die nächstjährige Hauptversammlung in Nürnberg abzuhalten.

* Bund deutscher Verkehrsvereine. In der Werkbundausstellung zu Köln tagte am 5. d. Mts. die öffentliche Versammlung des Bundes deutscher Verkehrsvereine. Bundespräsident Gontard-Weipzig begrüßte die Erschienenen, besonders die Vertreter der Behörden. An den Kaiser und den preussischen Eisenbahnminister wurden Begrüßungsgramme abgefaßt. Wirklicher Geheimrat von der Leyen-Berlin hielt einen Vortrag über „die Entstehung der Alpenbahnen und ihre Bedeutung für den internationalen Reiseverkehr“. Dr. Ljies-Göln sprach über „Internationale Verkehrspropaganda für Deutschland“. An die Vorträge schloß sich eine Besichtigung der Ausstellung.

* Die 43. Hauptversammlung des Deutschen Schulvereins. In Freiwaldau-Gräfenberg (Ostereichisch-Schlesien) fand in den Pfingsttagen die 43. ordentliche Hauptversammlung des ältesten und größten deutsch-österreichischen Schulvereins, des „Deutschen Schulvereins“, unter reger Teilnahme der Vertreter der Ortsgruppen sowie anderer deutscher Schulvereine statt. Der Deutsche Schulverein zählt derzeit 2600 tätige Ortsgruppen, seine Einnahmen beliefen sich im Rechnungsjahre 1913 einschließlich der Gründerbeiträge auf 1 417 014 Kronen und übersteigen jene des Vorjahres um 1768 Kronen. (Der tschechisch-nationale Gegenverein „Místredni Matice slovska“, erzielte im Jahre 1913 an ordentlichen Einnahmen 1 113 545 Kronen.) Der Mitgliederstand ist im vorigen Jahre um annähernd 4000 gewachsen. Von besonderem Interesse für das Deutsche Reich ist ein von der Hauptversammlung einstimmig angenommener Antrag, die Vereinstätigkeit des „Deutschen Schulvereins“ auch auf das Deutsche Reich auszuweiten und die Gründung reichsdeutscher Ortsgruppen zu betreiben.

* Die Tagung der deutschen Turnerschaft in Leipzig. Auf dem letzten Sitzungstage des Hauptausschusses der deutschen Turnerschaft wurde ein Antrag des Stadtschulrats Mühl-Stettin auf Anschluß an den Volksparkbund abgelehnt. Die Anträge des deutschen Turnvereins Antwerpen, des deutschen Turnvereins von 1873 in Brüssel und des deutschen Turnvereins Zahn in Brüssel, auf dem anlässlich des 50-jährigen Bestehens des belgischen Turnerbundes im Jahre 1915 in Antwerpen stattfindenden belgischen Bundesturnfests, die deutsche Turnerschaft durch eine Musterriege vertreten zu lassen, wurden angenommen. Auf Antrag des Kreisvertreters, Gymnasialdirektors Prof. Berger (Provinz Sachsen) wurde für die Zukunft ein Tag des Jahres, nämlich der Himmelfahrtstag, als Wandertag der deutschen Turnerschaft festgesetzt. Nach Erledigung der Tagesordnung überreichte der Maler Max Franke-Leipzig dem Ausschuss ein Bild des greisen Vorstehenden Götz in Lebensgröße, das als Pendant zu dem Bilde des Turnvaters Zahn im Zahnmuseum in Freyburg Platz finden soll. Nach innigen Dankworten an den 88-jährigen Vor-

stehenden, Geh. Rat Götz, für seine Geschäftsführung und einem dreifachen „Gut Heil“ auf ihn schieden die Teilnehmer.

* Das Kaiserpaar beim Armeejagdrennen. Zu dem großen Armeejagdrennen auf der Grunewaldrennbahn waren am Freitag der Kaiser und die Kaiserin, sowie die Prinzen Eitel Friedrich und August Wilhelm mit ihren Gemahlinen erschienen, ferner Minister Frhr. von Schorlemer. Sie wohnten dem Prinz von Preußen-Erinnerungsrennen, in dem Leutnant von Herder auf „Aolian Collar“ siegte, und dem großen Armeejagdrennen bei. In letzterem wurde von 18 Teilnehmern Leutnant von Herder auf „Lory Hill II“ erster. Die Kaiserin überreichte den Siegern die Ehrenpreise, während der Kaiser sie beglückwünschte. Den silbernen Schild des Kaisers gewann Frhr. von Oppenheims „Dolomit“.

* Freiherr von Hammerstein-Loxten †. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet: Der ehemalige preussische Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein-Loxten ist in Loxten gestorben.

* Eine Düppelfeier deutscher Lehrer. Aus Sonderburg wird vom 4. Juni gemeldet: Heute nachmittag sind etwa 3500 deutsche Lehrer, auf elf Dampfern, von Kiel kommend, hier eingetroffen und festlich empfangen worden. Unter Vorantritt einer Militärkapelle wurden die Lehrer nach den Höhen von Düppel geleitet, wo eine große nationale Feier stattfand.

* Der Termin für die Reichstagsersatzwahl in Koburg für den bisherigen Abgeordneten Dr. Duard ist auf den 10. Juli festgesetzt worden.

* Die Charlottenburger Denkmalsbeschädigung wird am kommenden Montag die Strafkammer in Berlin beschärfen.

* Die Vermählung des Staatssekretärs von Jagow mit der Gräfin Luitgard von Solms-Braunbach wird am 28. Juli auf Schloß Arnburg (Oberhessen) gefeiert werden.

Aus Meer und Marine.

* Der Truppenübungsplatz des 14. (badischen) Armeekorps, der auf württembergischem, badischem und holländischem Gebiete liegende Heuberg, geht, wie das W. L. B. aus Sigmaringen meldet, seiner Vollendung entgegen. Zum erstenmal wird ohne Einschränkung das Lager gegenwärtig von einer ganzen Infanteriebrigade mit drei Maschinengewehrabteilungen und einem Feldartillerieregiment gleichzeitig benutzt. Die anhaltend starke Belegung des Lagers hat einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung der Gegend zur Folge. Sie hat u. a. auch eine regelmäßige Verbindung mittels Automobil mit dem oberen Donautal ins Leben gerufen.

* Berlin, 5. Juni. Die Armeewettkämpfe wurden in der Militärturnanstalt mit Degenspielen fortgesetzt. Es waren 94 Offiziere angetreten, darunter wieder Prinz Friedrich Karl von Preußen. Nachdem gestern den ganzen Tag Ausscheidungskämpfe stattgefunden, wurden heute die Endkämpfe ausgetragen. Das Ergebnis ist folgendes: 1. Prinz Friedrich Karl, 2. Oberleutnant von Heichenau, 3. Leutnant Mehlisch, 4. Leutnant Schlange, 5. Oberleutnant Meyer, 6. Leutnant John, 7. Leutnant Bernert, 8. Leutnant von Arnoldsdorf, 9. Leutnant von Rajewski, 10. Leutnant von Eickstedt. Für das Pistolenziehen und das Degenspielen zusammen ergibt sich folgendes Klaffement: 1. Oberleutnant Meyer, 2. Prinz Friedrich Karl, 3. Leutnant Bernert, 4. Leutnant Hoffmann, 5. Leutnant Schlange, 6. Leutnant von Eickstedt.

Ausland.

Die Ereignisse in Mexiko.

Mazatlan, 4. Juni. (Via San Diego.) Die Verbindung zwischen der Westküste von Mexiko und der Stadt Mexiko ist durch die Konstitutionalisten völlig abgeschnitten. Nach einer von dem Admiral Howard hier eingetroffenen Nachricht ist die Stadt Guadalupe von 3 Kolonnen der Armees des Generals Chreagan eingeschlossen. Die Stadt Colima ist in die Hände des Konstitutionalistengenerals und früheren Gouverneurs des Staates Colima, Alamillo, gefallen.

Durango, 4. Juni. Nach Depeschen, die von Carranza eingetroffen sind, sind die Städte Tantina und Tantujo im Staate Veracruz von einer Streitmacht unter General Candido Aguilar, der kürzlich zum Gouverneur dieses Staates ernannt worden ist, eingenommen worden. Aguilar hält einen großen Teil des Landes und hat Zivil- und Militärbehörden eingesetzt.

Bern, 5. Juni. Im Nationalrat begrüßte bei der Beratung des Geschäftsberichts der Berichterstatter des Ausschusses die Bestrebungen für den Ausbau der Wasserstraße von Straßburg bis Basel und an den Bodensee. Für Basel und die gesamte Schweiz sei es erwünscht, sowohl eine Großschiffahrt auf dem Rhein als auch einen Anschluß an den Hüniger Kanal und das damit verbundene deutsche und französische Kanalsystem zu erhalten. Auch der Vertreter der Regierung, Bundesrat Gallander, den man als Freund dieser Bestrebungen kennt, wies auf die Bedeutung der Rheinschiffahrt für die Schweiz hin. Die schweizerische Regierung werde dem Ausbau der Rheinschiffahrt alle Aufmerksamkeit zuwenden. Ein Bericht des Departements darüber würde dem Bundesrat nächstens zugehen. Namentlich die Rheinschiffahrt auf der Strecke Straßburg-Basel sei für die Schweiz von allergrößter Bedeutung. Die Eidgenossenschaft werde die Pflicht haben, sich im Rahmen ihrer Kräfte auch finanziell an der Lösung dieser Frage zu beteiligen. In der weiteren Erörterung wünschte der Basler Regierungsrat Bullschleger, daß besonders die Herstellung der Hafenanlagen in Hünigen von den beteiligten Regierungen möglichst gefördert werde. Von der Stellungnahme des badischen Landtags sprachen die verschiedenen Redner laut „Köln. Ztg.“ mit Genugtuung.

Paris, 4. Juni. Deschanel wurde mit 411 von 436 gültigen Stimmen endgültig zum Präsidenten der Kammer gewählt.

Bregenz am Bodensee
Ettenbergers Hotel u. Restaurant Montfort
 gegenüber dem Hauptbahnhof
 Pension bei 3tägigem Aufenthalt
 :: Fisch- und Jagd-Gelegenheit ::
 Spezialitäten - Weingroßhandlung
 Zweigkellerei für Deutschland in Lindau i. Bodens.

Carolabad

Fremdenzimmer für Touristen Mk. 2.50 inkl. Frühstück. Anerkannt gute Verpflegung. Separatdiner in jedem Arrangement. — Kurkonzerte. — Große Festhalle für Privatgesellschaften. — Mineralschwimmbäder. — Rappoltsweiler Telephon Nr. 5.

Enzisweiler b. Lindau i. See Hotel-Pension „Traube“

Feine ruhige Lage, nahe bei Bad Schachen, 20 Min. v. Lindau entfernt, an der Bodenseegürtelbahn (Bahnhof). Neubau, vollständig der Neuzeit entsprechend. Herrliche Lage mit Aussicht auf See und Gebirge. Große Terrasse, Aussichtsturm. 56 Fremdenbetten. Bäder in jeder Etage. Zentralheizung, Vacuumanlage. Saal für Gesellschaften und Vereine. Autogarage, Stallungen. Schöner, schattiger Garten. Gute Küche, Keller. Bier aus der Lorenz Stötter Brauerei, Augsburg. Pension von M. 4.50 an.

FRIEDRICH PICKEL.



Von Berlin u. Hamburg 4, Kopenhagen 6 Std. Bahnfahrt u. Bismarck-Straße. Familienbad. Inselküste. Kanalschiff. Maltew. Hochwald (mit elektr. Bahn 12 Min.). Harzertrag, Tennisplätze. 1.-10. Aug. Ostseeflug Warnemünde. (Wettbewerb für Wasserflugzeuge.) Prop. d. d. Süderverwaltung.

Schloss-Hotel
 Am Stadtgarten
Karlsruhe

Vornehmer Hotel-Prachtbau mit allen neuzeitlichen Einrichtungen

Erstklassiges Weinrestaurant
 Café - Konditorei - Bierrestaurant
 Moderne Halle - 5 Uhr - Tee

Nachmittags und abends
 = Konzert der Hauskapelle =

Grundstücks-Zwangsvollstreckung.
 Die auf 16. Juni 1914 bestimmte Zwangsvollstreckung des Grundstücks Egb.-Nr. 88 in Karlsruhe, Kaiserstraße 36a, der Karoline Schaumburg geb. Weitzel in Karlsruhe findet nicht statt.

Karlsruhe, den 5. Juni 1914.
 Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.

Möblierte Zimmer
 für die Angehörigen des Sommertheaters gesucht. Aufst. Off. mit Preis an d. Direktion d. Interims Sommertheaters. Telephon 921.

Neue Schreibmaschinen
 mit sichtbarer Schrift für 175 Mk. zu verkaufen; auf Wunsch Teilzahlung. Off. unt. A 188 a. d. Exp. der Karlsruher Zeitung. A188

Mäuse-Ratin
 pro Flasche Mk. 1.50

RATIN
 gegen Ratten Mk. 2.50

Amtlich kontrolliert, für Haustiere unschädlich

Adolf Fritz, Mannheim
 Gontardstraße 29.

Bürgerliche Rechtspflege.
 a. Streitige Gerichtsbarkeit.

2.86.2.1. Freiburg. Die Bergmann Elektricitätswerte A.G. in Berlin N. 65, Prozeßvollmächtigter: Dr. Holzschild, Freiburg, klagt

Heringsdorf
See- und Solbad
 Der von der Natur mit Hochwald am meisten bevorzugte Badoort der Ostsee

Prospekte gratis durch den Gemeindevorstand
Saison i. Juni bis 30. September

Kurbau Kaiserhof, Festsäle A.148
 Lindemanns Hotel, das ganze Jahr geöffnet. Teleph. 4. Garage
 Grand-Hotel Seeschloß, E. Lindemann
 Kurhotel Quisisana, Lift, Zentralhgz., Seestraße, W. Werthmann

In Iseltwald am Brienersee
 finden Erholungsbedürftige freundliche Aufnahme. Pension von 4.50 Frs. an.

Pension Brunner.

Krummhübel
 liegt unter der Schneekoppe gelegen, 800 Meter über dem Meere. Zentralpunkt für alle Partien, Sommerfrische i. Rangos, Quellwasserleitung, Elektrische Straßenbeleuchtung. Prospekte und Ortskarte gratis durch die Ortsverwaltung.

Riesengebirge

Menzenschwand
 Vorderdorf b. St. Blasien i. Schwarzwald, 900 Meter ü. M. **Hotel u. Kurhaus Adler**
 Sommerfrische u. Höhenluftkurort a. Fuße d. Feldberg, 1907 neu erbaut, mit allem Komfort ausgerüstet. In nächster Nähe des Hauses eigenes Luftbad. Pensionspreise nach Lage der Zimmer 5.50—10 M., vor dem 1. Juli und nach dem 31. August ermäßigte Preise. Prospekt gratis. Eigenes Auto; Autogarage. Bahnstationen: Tübingen, Waldshut, Albruck, Schönau. A.38
 Telephon: Bernau 4. Besitzer: Erwin Sommer.

St. Moritz, Oberengadin
HOTEL STEFFANI.

Altkanntes Familienhotel in bester Lage. Moderner Komfort. Mäßige Preise. Prospekte durch die **Direktion.**

VILLA ERIKA: Zimmer und Privat-Appartements zu vermieten.

SEMPACH-LUZERN
 Kur- und Erholungsstation für Ruheliebhaber und Rekonvaleszenten. Historisch berühmtes Städtchen in entzückender Lage am Sempachersee, 15 km von Luzern, an der Linie Basel-Luzern. Ruhige Lage, gesunde Luft. Herrliche Landschaft mit schönen Wäldern und aussichtsreichen Höhen. Reizender Frühling-, Sommer- und Herbstaufenthalt. Seebäder, Ruderboote, Sportfischerei. Privat- und Gasthauspensionen zu bescheidenen Preisen. Arzt am Platze. Prospekte und jede weitere Auskunft durch das
Verkehrsbureau Sempach, Telephon 111.

Schweiz Luftkurort Seewen-Schwyz Station der Gotthardbahn
Hotel Pension Seehof direkt am Lowerzersee

Ideale Ausflüge im Gebiete von Vierwaldstättersee und Gotthard; Rigi, Mythen, Frohnalp, Axenstrasse, Rütli, Tellskapelle usw. Herrliche, ruhige Lage. Seebadanstalt, Sonnenbad, Angel- und Rudersport. Garten. Wald. Baedeker. Pensionpreis von Fr. 4.50 (Mk. 3.60) an. Prospekte durch **Huber-Bücheler**, Seewis.

Schweiz Ein Idyll als Luftkurort in geschützter, piner, wald- und wiesenerreicher Landschaft und umgibtlicher Höhenlage.
Hotel Kurhaus Engel in Emmetten
 800 m ü. M. und ca. 360 m ob. d. Vierwaldstättersee u. a. Fuße d. ausichts. Niederbauen, Tagespreis 4.00—5.50 M. Elekt. Licht. Prosp.

Erziehungs- und Erholungsheim für Kinder
 jeden Alters. Wundervolle Lage. Liebreiche Pflege. Dipl. Lehrkräfte. Aller Komfort im Hause. Näheres durch das Erziehungsheim Chalet Alpina, Zuoz, Obereng.

Juwelen
 gegen alle Gefahren:
 Verlieren, Abhandenkommen, Diebstahl, Feuer, Beraubung usw., in wie außerhalb der Wohnung, sowie auf allen Reisen übernimmt zu mäßigen Preisen:
Deutsche Transport-Versicherungsgesellschaft
 Berlin W 8, Charlottenstraße 29—30.
 Vertreter überall gesucht.

Winfenthalts, laßt die Klägerin den Beklagten zu dem gemäß § 618 Abs. 2 P.O. am Dienstag den 2. September 1914, vormittags 9 Uhr, vor die 1. Zivilkammer des Gr. Landgerichts Karlsruhe bestimmten Termin mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt zu bestellen.

Karlsruhe, 3. Juni 1914.
 Gerichtsschreiber Großh. Landgerichts, Zivilkammer 1.

2.105.2.1. Karlsruhe. Die Gartenstadt-Baugesellschaft Sonnenberg m. b. H. in Forzheim, Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt A. Weil in Forzheim, klagt gegen den Kaufmann Richard Thomas, früher zu Forzheim, unter der Behauptung, daß derselbe der Klägerin aus Dienstvertrag in der Zeit vom 1. Januar 1911 bis 1. Oktober 1913 den Betrag von 848 M. 36 Pf. nebst 4 Prozent Zins vom Klagezustellungsstage an schuldig geworden sei, mit dem Antrage auf kostenfällige Verurteilung des Beklagten zur Zahlung dieser Schuld durch ein gegen Sicherstellungsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urteil.

Die Klägerin ladet den Beklagten zu mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Karlsruhe auf Samstag den 10. Oktober 1914, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gerichte zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßvollmächtigten vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 4. Juni 1914.
 Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

2.75.2.1. Mannheim. Die Ehefrau des Schlossers Georg Heinrich Roth Wilhelmine Luise geb. Metzger in Mannheim — Prozeßvollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. W. Strauß daselbst — klagt gegen ihren Ehemann, früher zu Mannheim, jetzt in Argentinien an unbekanntem Orte, auf Grund der §§ 1568, 1573 BGB., mit dem Antrage auf Scheidung der am 4. Mai 1884 in Rohdorf geschlossenen Ehe aus Verschulden des Ehemannes. Die Klägerin ladet die Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 3. Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Mannheim auf den 29. September 1914, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte

zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 2. Juni 1914.
 Der Gerichtsschreiber Großh. Landgerichts.

2.87.2.1. Freiberg. Die Bildhauerin Frau Eble Ehefrau Magdalena geb. Kuf in Furthwangen als Miterbin der am 17. April 1913 in Furthwangen verstorbenen Privatiers Andreas Kuf, Witwe geb. Trischler, hat das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlassgläubigern beantragt. Die Nachlassgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlass der verstorbenen Andreas Kuf, Witwe Franziska geb. Trischler spätestens in dem auf

Montag, 30. November 1914, nachmittags 1/4 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Freiberg, Zimmer Nr. 10, anberaumten Aufgebotsstermin anzumelden. Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten; Beweismittel sind in Urchrift oder in Abschrift beizufügen. Die Nachlassgläubiger, welche sich nicht melden, können, unbeschadet des Rechts vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuß ergibt. Jeder Erbe haftet sodann nach der Teilung des Nachlasses nur für seinen Erbteil entsprechenden Teil der Verbindlichkeit. Die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen, sowie die Gläubiger, denen die Erben unbeschränkt haften, werden durch das Aufgebotsverfahren nicht betroffen.

Freiberg, den 2. Juni 1914.
 Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

2.88. Freiberg. In dem Konkursverfahren über den Nachlass des Kaufmanns Peter Josef Jacob Lindau in Heidelberg wurde in der ersten Gläubigerversammlung vom 2. Mai 1914 Rechtsanwalt Dr. A. Fürst hier zum Stellvertreter des Konkursverwalters ernannt.

Heidelberg, 4. Juni 1914.
 Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts 3.

2.82. Karlsruhe. Über das Vermögen des Malers und Tapeziers Christian Schaf in Karlsruhe, Benzstraße 13,

wurde heute am 4. Juni 1914, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Rechtsanwalt Otto Wrieger in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 25. Juni 1914 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und ein-tretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen

Freitag den 3. Juli 1914, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht, Akademiestraße 2, Eingang 2, 1. Stod, Zimmer Nr. 11, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinshuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden können, dem Konkursverwalter bis zum 25. Juni 1914 Anzeige zu machen.

Karlsruhe, 5. Juni 1914.
 Gerichtsschreiber A. 5.
 Großh. Amtsgerichts A. 5.

2.84. Mannheim. In dem Konkursverfahren über den Nachlass des Kaufmanns Walter Kohl in Mannheim ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen der Schlusstermin bestimmt auf

Freitag den 3. Juli 1914, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgerichte hier selbst — 2. Stod, Zimmer 112 —.

Mannheim, 4. Juni 1914.
 Gerichtsschreiber
 Großh. Amtsgerichts S. 6.

2.85. Bilingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Pensionsbesitzers J. Reinold in Königfeld ist infolge eines von dem Gemeinshuldner gemachten Vorschlags zu einem Zwangsvergleich Vergleichstermin anberaumt auf Dienstag den 30. Juni 1914, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung

des Gläubigerausschusses sind auf der diesseitigen Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Bilingen, 5. Juni 1914.
 Gerichtsschreiber
 Großh. Amtsgerichts.

2.52. Waldkirch. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Badermeisters Gustav Kiefer in Stoltau ist heute eingestellt worden, weil eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist.

Waldkirch, 29. Mai 1914.
 Gerichtsschreiber
 Großh. Amtsgerichts.

Verstorbene Bekanntmachungen. Erdarbeiten
 (Beif. 44 000 cbm), Wege- und Gleisarbeiten (7,8 km) und Herstellung der Hochdruckstufen für die Neubautröde Staufen-Münsterthal in einem Los an leistungsfähigen Unternehmern zu vergeben. Nähere Auskünfte durch unterzeichnende Verwaltung. Geschäftsräume: Friedenstr. 27 (9-12, 3-8). A.187.2.1
 Karlsruhe, 5. Juni 1914
 Bering & Wacker Eisenbahnbau- und Betriebs-gesellschaft.

Hochbauarbeiten für zwei Dienstwohnungsbau- und Bureaubau, Ecke Niehenstraße und Schwarzwalddalee in Wasfel, öffentlich zu vergeben: Erd-, Grab-, Fundament- und Eisenbetonarbeiten, Maurer- und Betonarbeiten, Steinhaubarbeiten aus Granit u. hellem Sandstein, Zimmerarbeiten, Dachdeckung mit Wiberichswandziegel, Klebner-, Schmieb-, Putz- und Stuck- sowie Entwässerungsarbeiten. Bewerbungsunterlagen auf unserem Hochbau-bureau, Schwarzwalddalee nächst Erlensstraße, 2. Stod, zur Einsicht. Dort Abgabe der Angebotsordrücke. Angebote müssen verschlossen, postfrei (Auslandsporto) mit entsprechender Aufschrift bis zum Öffnungstermin am 29. Juni, 4 Uhr nachmittags, bei uns eingereicht sein.

Wasfel, den 6. Juni 1914.
 Großh. Bahnbauinspektion.

Badischer Gütertarif.
 Mit sofortiger Wirkung wird ein Abfah 3 zu Ziffer V des badischen Nebengebührentarifs eingeführt. Näheres in unserm Tarifanzeiger. A.80
 Karlsruhe, 5. Juni 1914.
 Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen.